

# HERZOGSÄGMÜHLE



HERZOGSÄGMÜHLE  
Von-Kahl-Straße 4  
86971 Peiting-Herzogsägmühle  
Telefon 08861 219 0



[www.herzogsaegmuehle.de](http://www.herzogsaegmuehle.de)

Den Anschluss  
wieder finden



## Fachbereich Menschen in besonderen Lebenslagen



# Chancen für präventive Hilfen und integrierte Gesamthilfesysteme in Städten und Landkreisen



Neue Qualität in der Wohnungslosehilfe in Bayern  
Praxiserfahrungen und Entwicklungsperspektiven

Tagung der Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und  
freien Wohlfahrtspflege in Bayern

Tagung vom 22.und 23.06.2010 in Herzogsägmühle

Martin Holleschovsky, Leiter Ambulante Dienste im Fachbereich Menschen  
in besonderen Lebenslagen in Herzogsägmühle, Dienststellen in Penzberg,  
Schongau und Marktoberdorf

# Wo ist das Problem?

## Ausgangslage:



- Unterbringung von Mitmenschen, die von Obdachlosigkeit bedroht sind, in Notunterkünften nach Art.6 und 7 LStVG
- Gemeinden in der Regel zuständig
- Gemeinden haben sofort ein Problem mit ihrer Zuständigkeit
- Geeigneter Wohnraum (Unterkunft) nicht vorhanden
- Notunterkunft vorhanden, kaum Chancen beim Auszug
- Konzentration von Problemgruppen problematisch - Ghetto
- Standard in Notunterkünften z.T. gefahrvoll
- Unterbringungskosten durch Gemeinde/Stadt bei fehlender Notunterkunft/ voller Notunterkunft/ Wiedereinweisungen in alten Wohnraum
- Kündigungen/Räumungsklagen und Räumungen wg. wirtschaftlichen Problematiken und Überschuldung, aber auch wg. psychosozialer Probleme wie Vermüllung u.v.a.m.

# Weitere Problematiken



- Herausforderungen seit Einführung SGB II und SGB XII
- Unterschiedliche Zuständigkeiten – Amtsgericht, Wohnungsamt, Obdachlosenbehörde, Vermieter auch öffentlich geförderten Wohnraumes, Gemeinde, Stadt etc.
- Unterschiedliche Transferleistungen für Betroffene: Jobcenter, Sozialamt, Agentur, Krankenkassen, LVA, verschiedene Rententräger, Wohngeld, Übergangsgelder, Eingliederungszuschüsse und Zuschüsse für Selbständigkeit
- Unterschiedliche Einkommen wie Kindergeld, Unterhalte, Arbeitseinkommen
- Antragsstellung und Bewilligungszeiträume, sowie Rückforderungen der Leistungsträger
- Ver- und Überschuldung
- Kontenpfändungen und Kontollosigkeit
- Stromsperre und Sperrung anderer Versorger



**Normalwohnraum-  
versorgung**

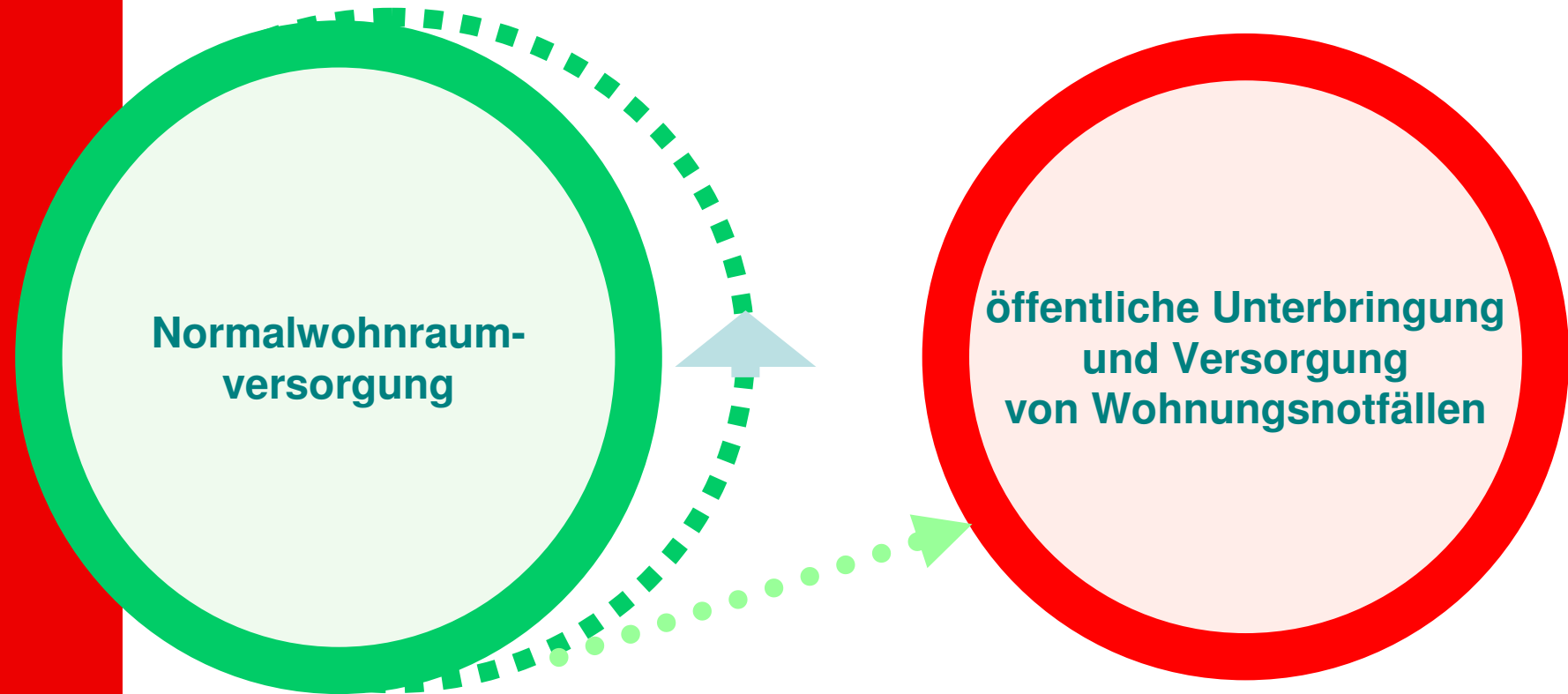


**öffentliche Unterbringung  
und Versorgung  
von Wohnungsnotfällen**

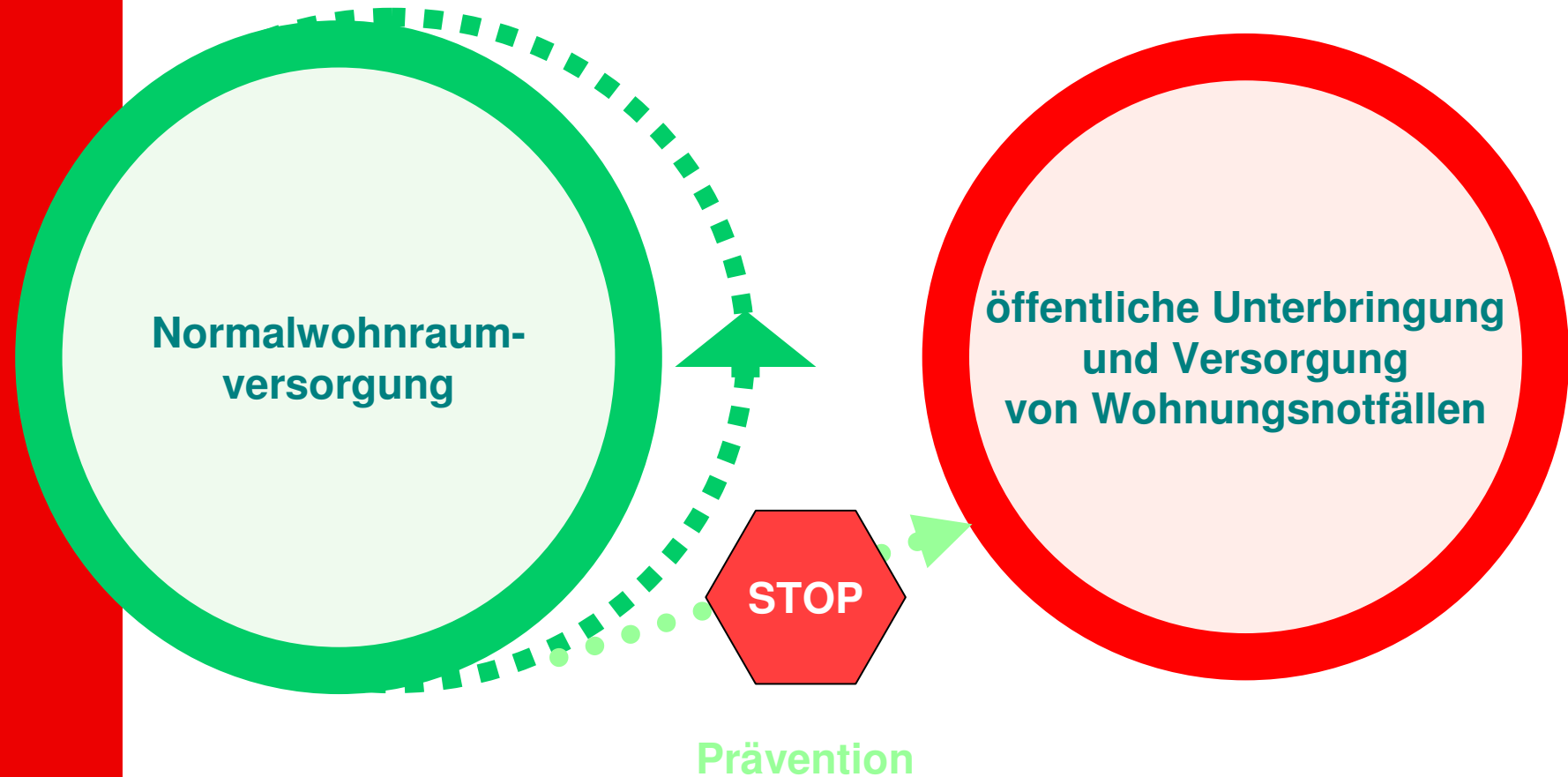


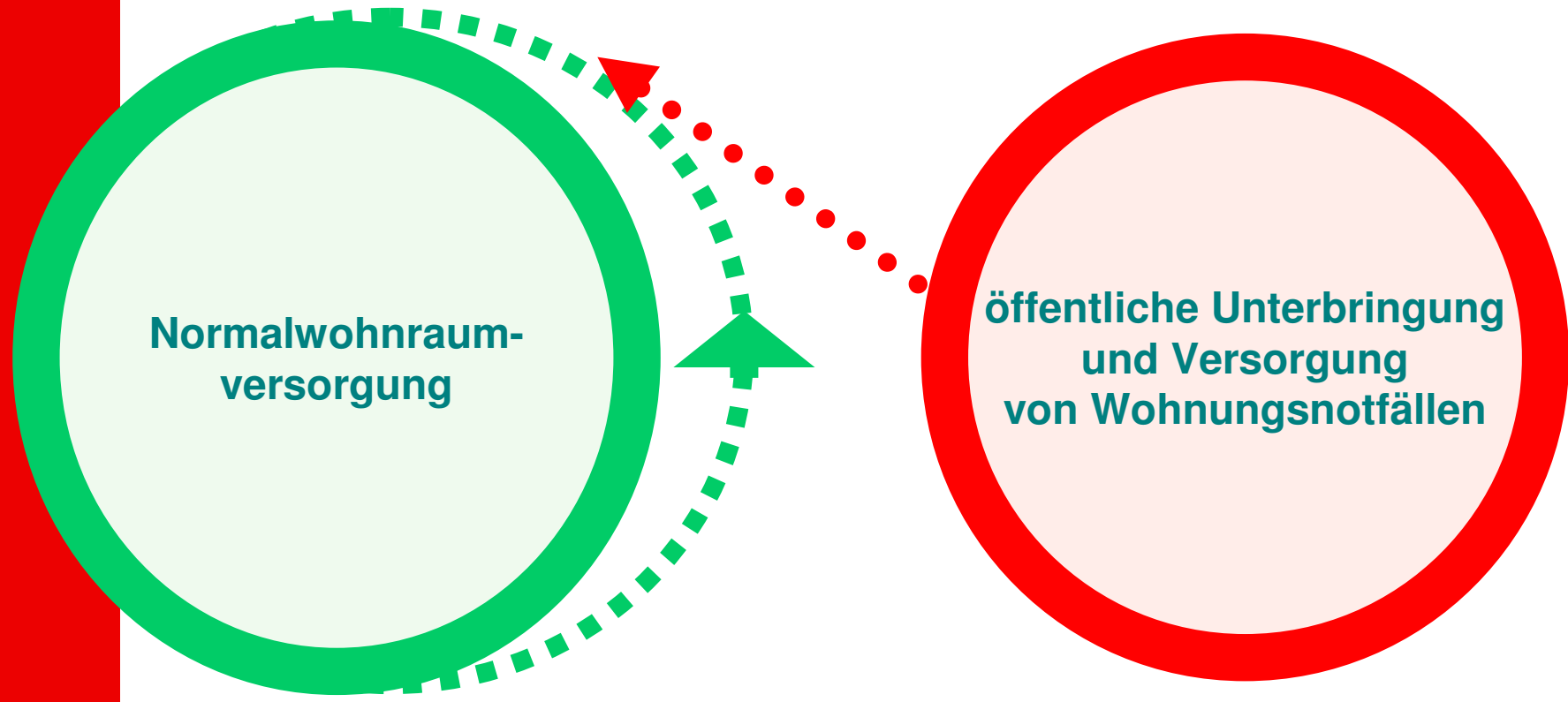
**Normalwohnraum-  
versorgung**

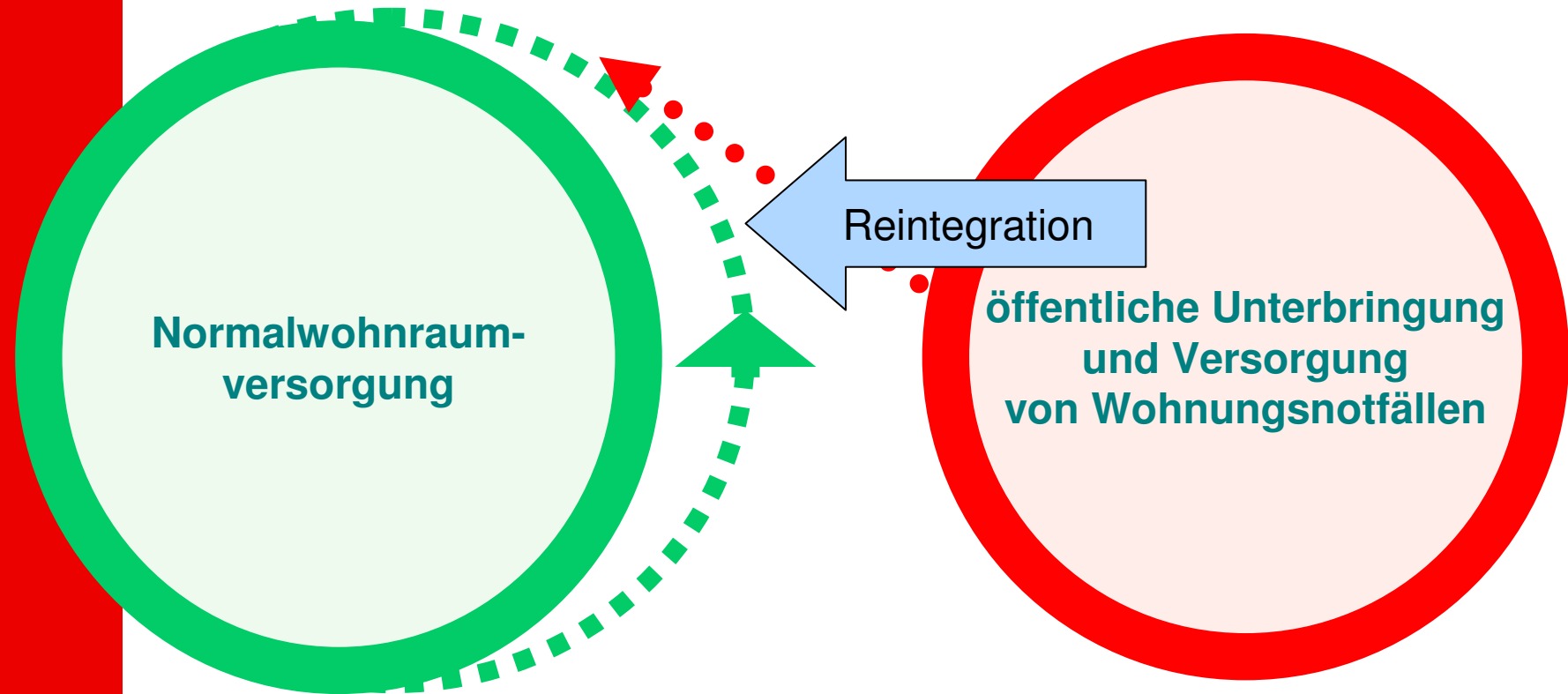
**öffentliche Unterbringung  
und Versorgung  
von Wohnungsnotfällen**

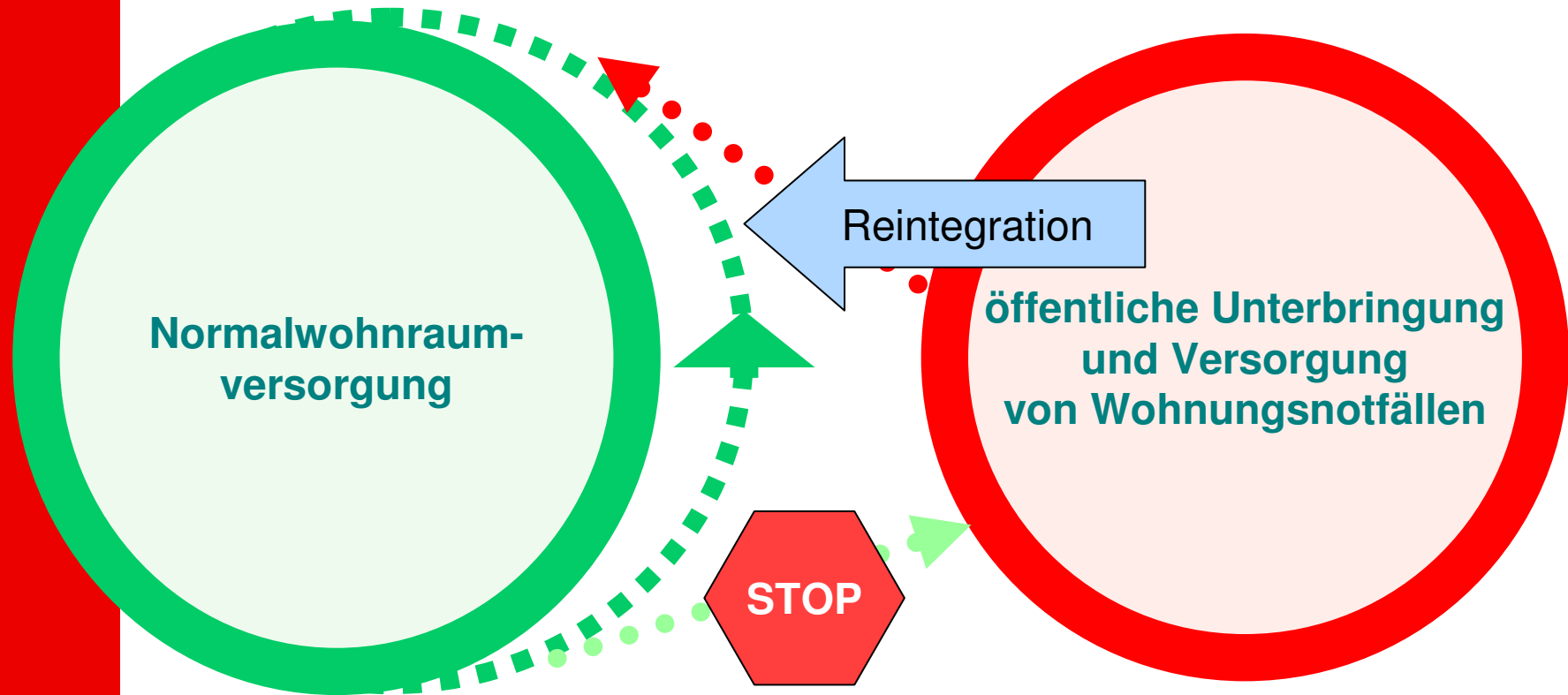


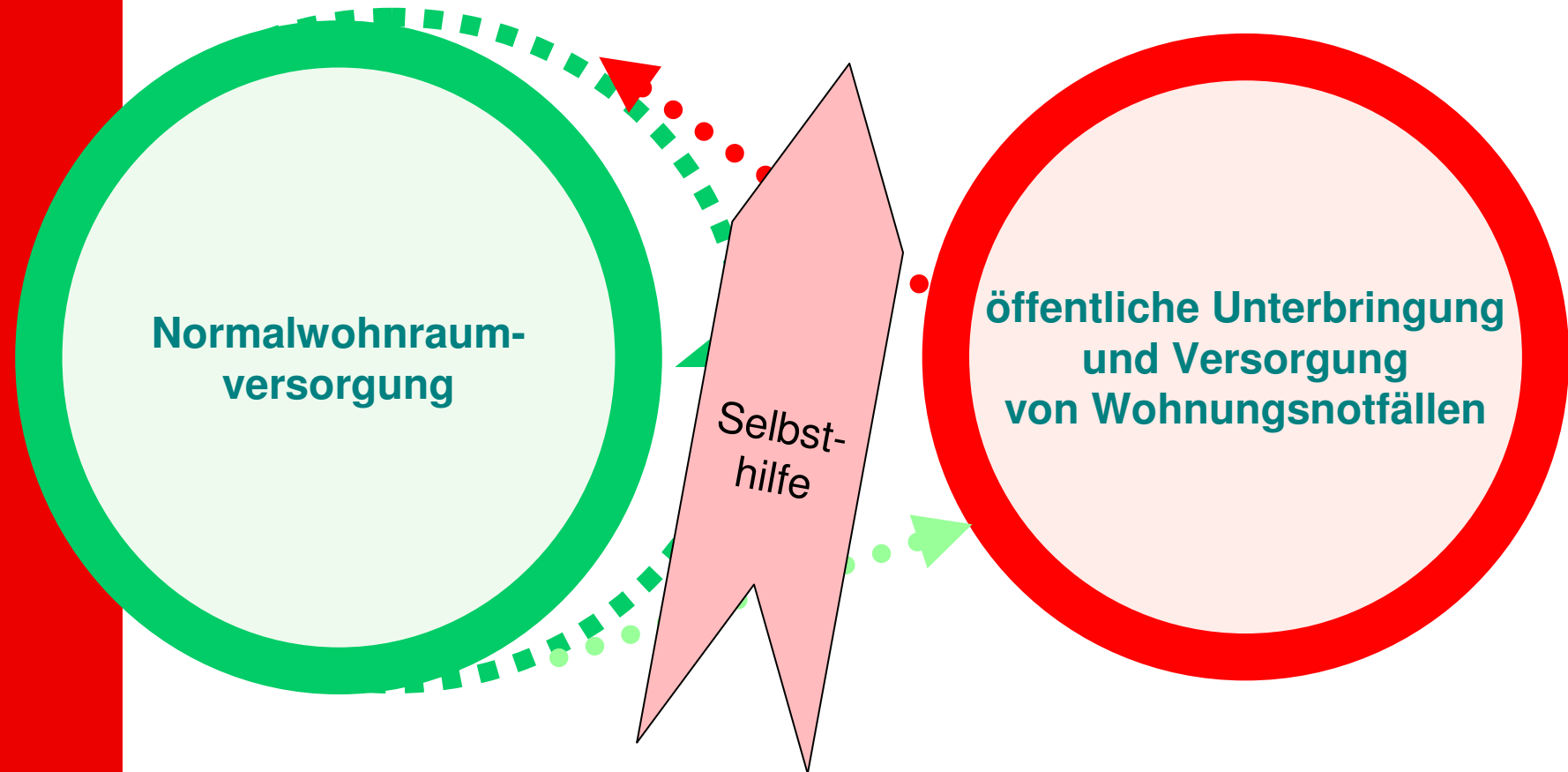
drohende Wohnungslosigkeit

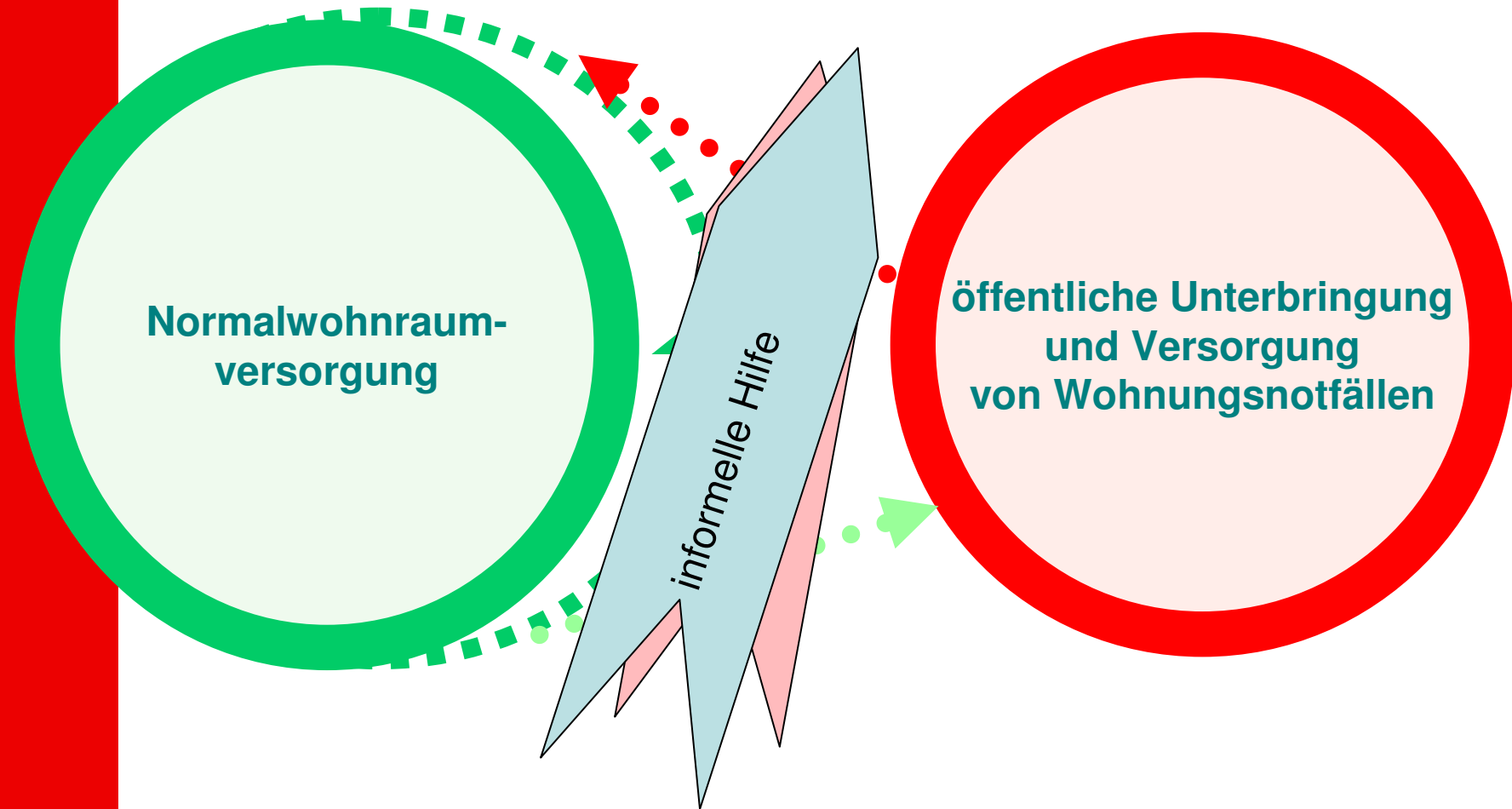


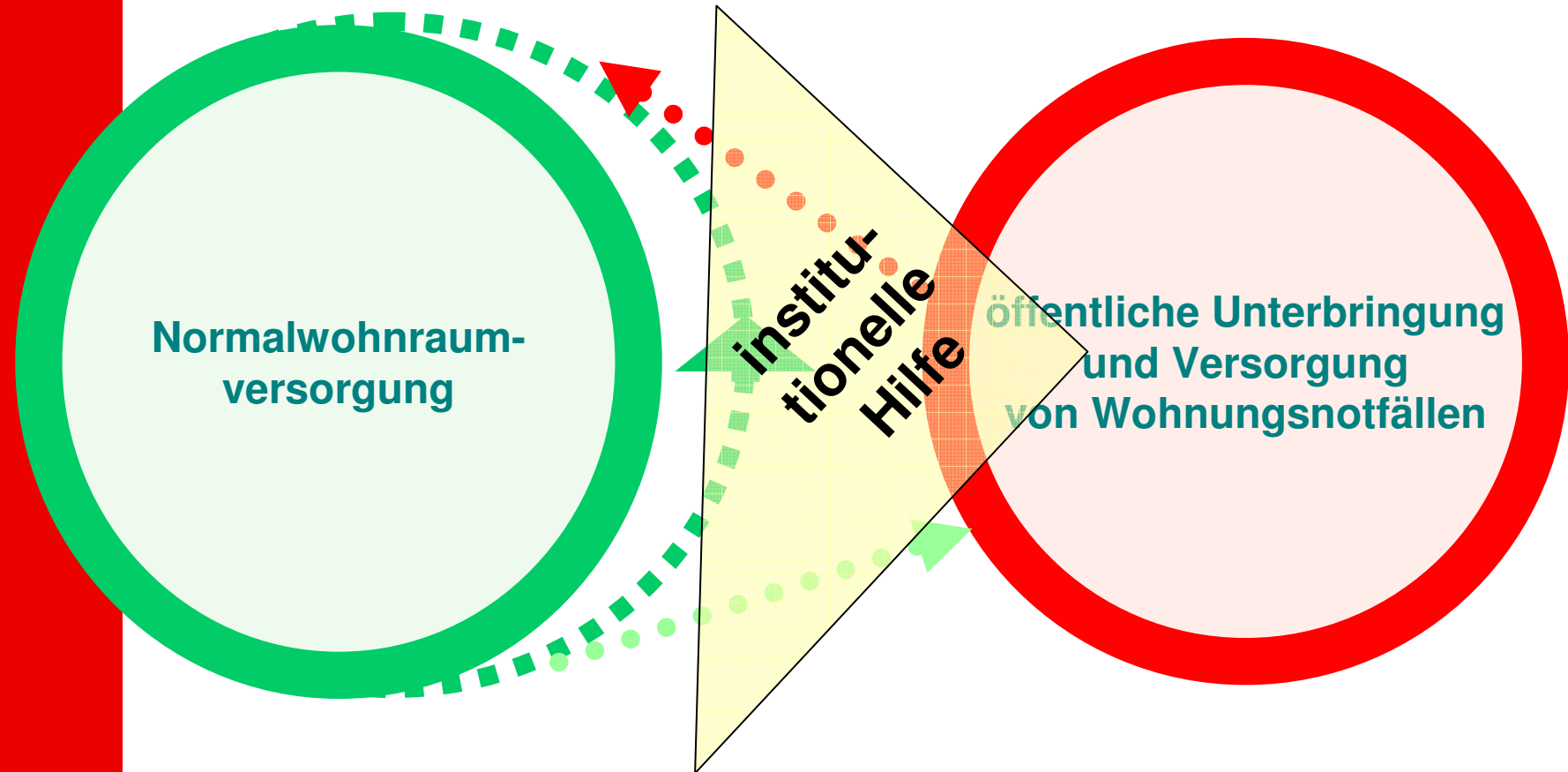


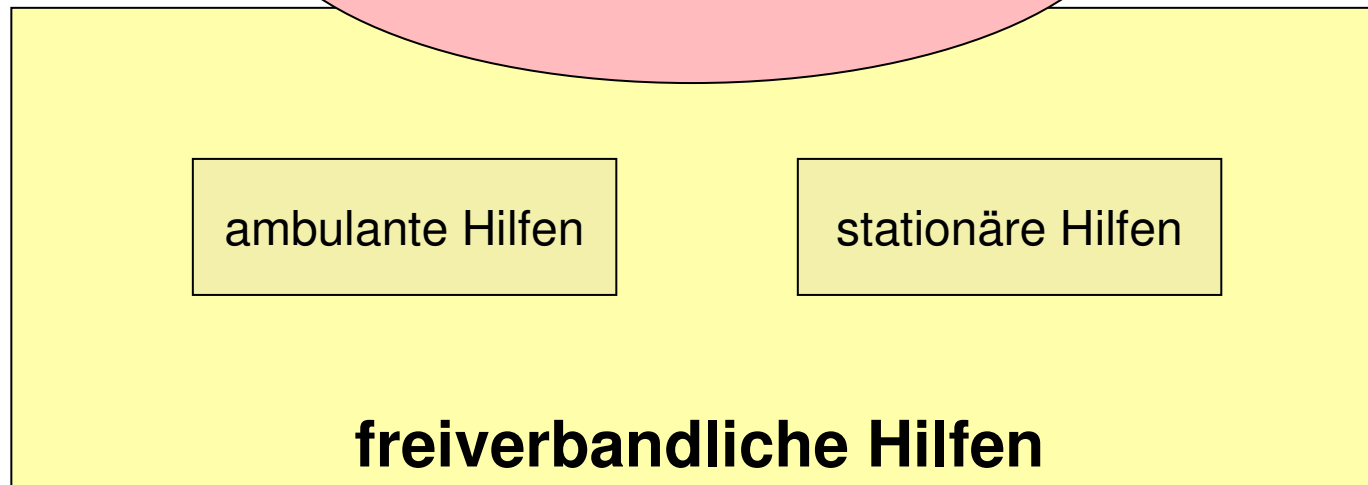
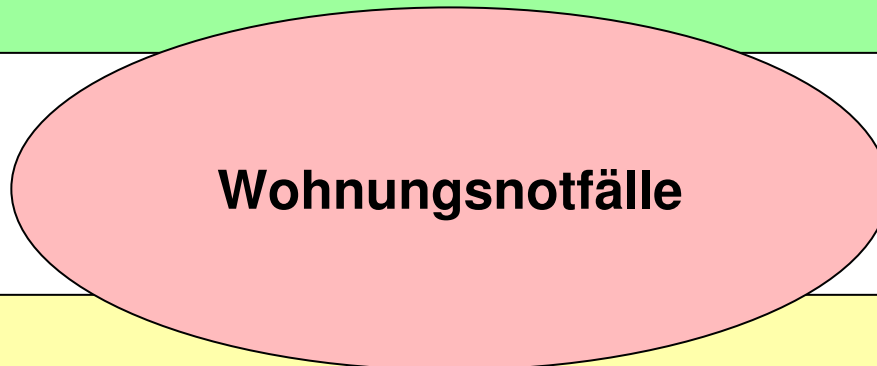




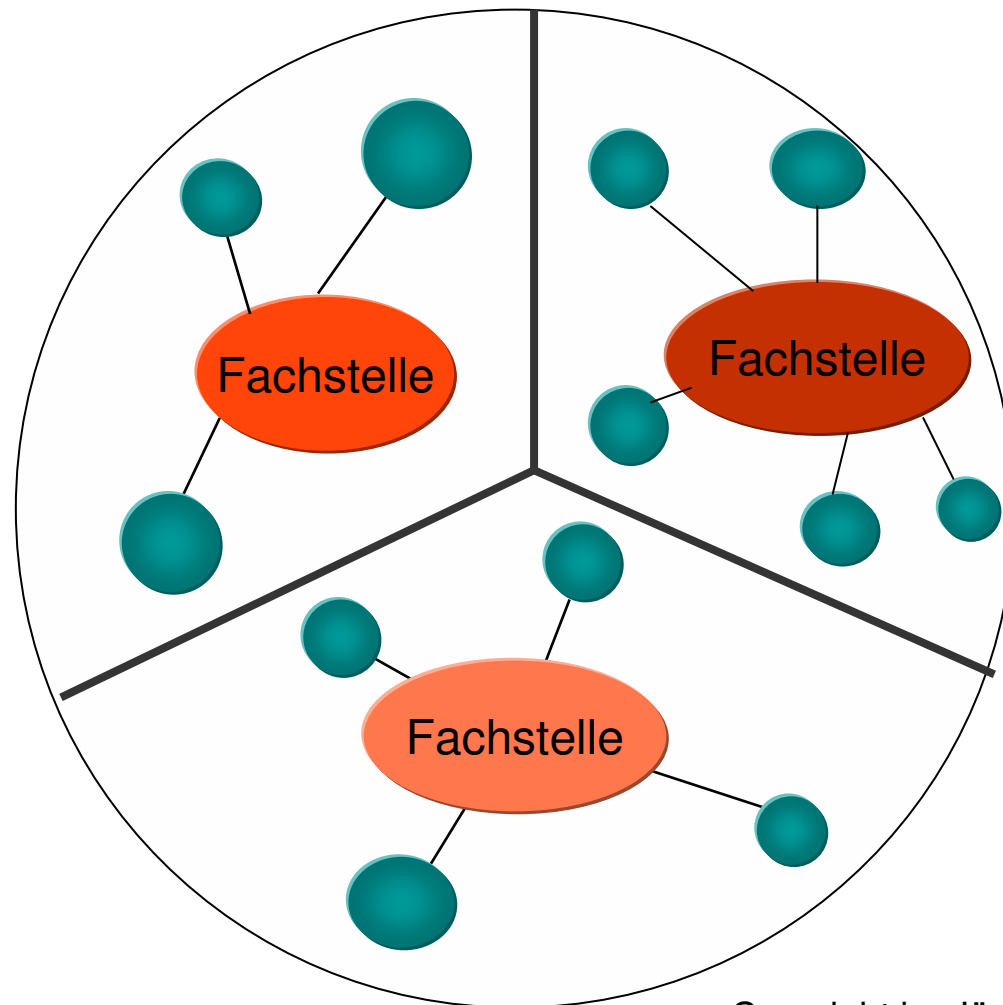








# Modell „Fachstellen in größeren kreisangehörigen Städten mit Versorgungsauftrag auch von Umlandgemeinden“



# Sinnvollste Lösungen



- Möglichst mit allen Kompetenzen ausgestattete kommunale Fachstelle ohne Übertragung von Aufgaben nach § 22 Abs. 5 auf die ARGE n
- Kooperation mit den ARGE n in Form eines Vertrages wg. Eckpunkten bei Wohnkosten, Wohnungsbeschaffung, Sanktionen, Hilfeplanung
- Kooperation mit Wohnungsbauunternehmen
- Vermeidung von Zuständigkeitskonflikten und Reibungsverlusten bei der Fallbearbeitung – Kompetenzen
- Vernetzung weitergehender Hilfen wie Schuldnerberatung, Suchtberatung, Sozialpsychiatrischer Dienst, sowie Hilfen nach § 67 SGB XII
- Offensive Kriseninterventionsstrategien; Keine reine Komm-Struktur, aufsuchende Hilfen wichtig
- Systematische Abstimmung und Koordination der Maßnahmen aller an der Bearbeitung der Wohnungsnotfallproblematik Beteiligten



Danke